

Die „Freiheit“ erscheint morgens und nachmittags, Sonntags und Montags ...

Die achtspaltige Komposition oder deren Raum kostet ...

Freiheit

Berliner Organ

der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Bersöhnliche Stimmung in Frankreich

Der Wiederaufbau

Verwendung deutscher Arbeitskräfte

Paris, 25. Mai.

Heute vormittag empfing Ministerpräsident Briand die Mitglieder des Bureaus des Aktionsausschusses für die ...

Die 25 000 Holzhäuser

Paris, 25. Mai.

Ueber die Angelegenheit der von Deutschland zu liefernden 25 000 ...

„Um der Freiheit willen“

Eine neue Rede des Reichslanzlers Dr. Wirth

Der Reichslanzler Wirth hat anlässlich einer Besprechung mit den Mitgliedern des badischen Staatsministeriums ...

„Wenn wir zwei Jahre zurückblicken, dann wäre es wirklich unrecht, nicht anzuerkennen, daß inzwischen sich doch einiges gebessert hat.“

Die Zuversicht an die Leistungsfähigkeit der deutschen Wirtschaft ist sicher nicht unbegründet. Auch ist nicht zu bestreiten, daß sich die allgemeinen wirtschaftlichen Verhältnisse in den letzten zwei Jahren gebessert haben.

einen bestimmten Abschnitt zu überweisen, dessen vollständigen Wiederaufbau es fest übernehmen sollte.

Auch diese Berichte lassen erkennen, daß die Entspannung der politischen Krise in erfreulicher Weise fortschreitet.

Auch bei dieser Gelegenheit muß betont werden, daß es nur durch die von der Unabhängigen Sozialdemokratie kräftig unterstützte Politik der Offenheit möglich geworden ist, daß auch in dieser Frage die Atmosphäre des Mißtrauens und des gegenseitigen Mißverständnisses zu weichen beginnt.

Vor der Konferenz von Boulogne

Paris, 26. Mai.

Nach einer Meldung des „Petit Journal“ aus Boulogne-Furmer werden dort Vorbereitungen für die nächste Sitzung des Obersten Rates getroffen, die in den ersten Tagen des Juni stattfinden soll.

London, 26. Mai.

Das Memorandum des Quai d'Orsay in Erwiderung des Memorandums Lord Curzons vom Freitag ist gestern morgen in London eingegangen.

tums in Industrie, Handel und Landwirtschaft eingestellt war.

Die Arbeiterklasse verlangt eine rückwärtslose Wandlung in dieser Haltung. So wenig sie geneigt ist, weiterhin geduldig zuzusehen, wie alle wirtschaftlichen Lasten auf sie abgewälzt werden, genau so entschieden verlangt sie, daß die jetzige Regierung erst einmal durchführt, was Herr Dr. Wirth auch in dieser Rede wieder als das Ziel seiner Politik angegeben hat.

„Freiheit“ und „Gleichberechtigung“ sind bisher lediglich Versprechen, denen Handlungen noch nicht gefolgt sind. Noch immer wüten die Ausnahmegerichte, verhängen unerhörte Zuchthaus- und Gefängnisstrafen wegen Vergehen, die bei Angehörigen anderer Gesellschaftsklassen straffrei bleiben.

Seine Hoffnung, daß die Belastungen, zu der die Annahme des Ultimatum uns zwingt, alle Kreise veranlassen werde, Opfer zu bringen, findet in der bisherigen Haltung der besitzenden Schichten keinerlei Stütze.

Wohnungsbau und Mietsteuer

Die Aufstellung von Wohnungsbauplänen für 1921 und 1922 wird durch das Gesetz vom 12. Februar 1921, betreffend die vorläufige Förderung des Wohnungsbaues, geregelt.

Im Gesetz ist noch offen gelassen, ob die Art der Besteuerung durch Reichsgesetz geregelt wird oder den Ländern überlassen bleibt.

Dieser Termin muß von uns rechtzeitig gewürdigt werden. Es muß versucht werden, ein Reichsgesetz zu schaffen, das vor allem eine mögliche Selbständigkeit der Gemeinden garantiert, indem für die Aufbringung der Mittel der gänzlich überflüssige, verteuern und verzögernd wirkende Verwaltungsapparat der Länder ausgeschaltet wird.

Nachdem das unglückliche Reichsgesetz für die vorläufige Förderung des Wohnungsbaues angenommen ist, und somit für 1921 und 1922 eine grundlegende Regelung nicht geschaffen wurde, bleibt nichts anderes über, als auf dem Boden dieses Gesetzes noch möglichst viel zu retten.

Für die Möglichkeit einer verhältnismäßig sozial aussehenden Mietsteuer haben wir in dem Mietsteuergesetz der Stadt Wien einen Beweis. Dieses Gesetz stellt eine Besteuerung der höheren Mietzinse dar, was durch eine starke Progression erreicht wird.

Außerdem beschränkt sich die Abgabe nicht nur auf die Mietzinse für Wohnungen, sondern es werden auch die höheren Mietzinse für Geschäftslokale, Werkstätten, Kellerräumlichkeiten, Magazine, Ateliers, Kanzleien, geschlossene Räume und solche Mietobjekte besteuert, für die kein Mietzins entrichtet wird.

Von großer Bedeutung ist, daß durch Reichsgesetz der Ausscheidungsmodus aus der Mietsteuer zwischen Stadt und Land festgelegt wird. Dafür sind verschiedene Schlüssel möglich; es muß einer gefunden werden, der die erhöhten Bedürfnisse des Städte-Wohnungsbaues gegenüber dem Lande befriedigt.

Einer reichsgesetzlichen Regelung bedarf auch die Unterstützung des Werkwohnungsbaues durch das Privatunternehmertum. Es müssen nicht nur die Firmen, die Werkwohnungen aufführen lassen, gesetzlich verpflichtet werden, aus eigenen Mitteln einen wesentlichen Teil des unrentierlichen Bauaufwandes aufzubringen, sondern auch die Firmen, die sich bis jetzt noch nicht um diese sozialpolitische Pflicht gekümmert haben, müssen auf dem Wege der Zuschußleistung an der Unterbringung des auf sie fallenden Teiles Wohnungsloser beteiligt werden.

auf juristische Personen scheint gerechtfertigt zu sein; es müßte dazu eine entsprechende Aenderung des Körperschaftssteuergesetzes erwirkt werden.

Wir sind uns bewußt, daß auch damit das neue Gesetz kein ideales wird und daß auf diesem Wege die Lösung nicht zu finden ist. Die Vor schläge und ihre Durchführung sind aber notwendig, um für die Mieter und für die Gemeinden Entlastungen und Vereinfachungen zu schaffen. Die Lösung des Wohnungsproblems selber hängt von der zunehmenden Reife der Arbeiterklasse ab, die tatsächlichen Mittel sind vorhanden. Es fehlen nur die machtpolitischen Voraussetzungen.

## Eischerichs Segen

Die bayerischen Koalitionsparteien haben sich am Mittwoch mit der Entwaffnungsfrage befaßt. Es soll sich in dieser Sitzung völlige Übereinstimmung darüber ergeben haben, daß die Entwaffnung durchaus im Einklang mit den Forderungen der Entente stattfinden müsse. Doch wurde erwartet, daß die Reichsregierung den besonderen bayerischen Verhältnissen Rechnung tragen werde, und insbesondere soll in Verhandlungen zwischen München und Berlin erreicht werden, daß die Angriffe auf Bayern in dieser Frage aufhören. Die Gauleiter der Einwohnerwehren würden keinen Widerstand bereiten und selbst Eischerich habe zugesagt, daß er alles tun werde, um die Forderungen des Ultimatum zu erfüllen. Die in München erscheinende demokratische „Süddeutsche Presse“ steht die Dinge freilich noch nicht so rosig an. Das Blatt schreibt:

Nach zuverlässigen Mitteilungen machen sich in der Einwohnerwehr selbst sehr starke Widerstände gegen die vom Reich angeordnete Entwaffnungsaktion bemerkbar, die besonders auch in einem Teil der Führer, augenscheinlich auch am Landeshauptmann Eischerich selbst, ihre Stütze finden. Mit wachsender Beforgnis betrachtet man in den parlamentarischen Kreisen und auch in der Einwohnerwehr selbst die Haltung Eischerichs, die nicht jene Einsicht in die Notwendigkeit und jene Rücksicht auf die Gesamtinteressen verrät, die man von einem Führer an solch verantwortlicher Stelle voraussetzen muß.

Nach diesen Mitteilungen ist also zu erwarten, daß die Leute um Eischerich einer wirklichen Entwaffnung und Auflösung der Einwohnerwehren erheblichen Widerstand entgegenzusetzen wollen. Und selbst, wenn Herr Eischerich offiziell seinen Segen zu den Abmachungen zwischen München und Berlin gegeben haben sollte, so will man hinter seinem Rücken und wahrscheinlich mit seiner stillschweigenden Zustimmung dafür sorgen, daß dieser Segen unwirksam bleibt. Um so mehr ist die Reichsregierung dazu verpflichtet, nicht auf das Ergebnis der Verhandlungen zu vertrauen, sondern die Entwaffnungsaktion selbst mit allen zu Gebote stehenden Machtmitteln durchzuführen.

## Schon wieder Deutscher Offiziersbund

Der Deutsche Offiziersbund, der sich rühmt, die stärkste Offiziersorganisation in Deutschland zu sein, macht sich wiederholt in sehr unangenehmer Weise in der Öffentlichkeit bemerkbar. Jetzt hat er wieder eine Entschliessung gefaßt und veröffentlicht, in der es heißt:

„In der unerhörten Not unseres Vaterlandes richtet der Bundestag des deutschen Offiziersbundes, in dem über 100 000 ehemalige Offiziere unserer alten glorreichen Wehrmacht und deren Angehörige vertreten sind, an alle Mitglieder des Bundes und an alle, die zu uns gehören und die zu uns zählen, die dringende Aufforderung: Zeigt unseren Feinden die ehrliebe Verachtung, die wir ihnen wegen ihrer schmachvollen Vergewaltigung eines wehrlos gemachten Kulturvolkes entgegenbringen! Beweist dies auch dadurch, daß ihr jeden Verkehr mit Angehörigen der uns feindlichen Staaten meidet! Vermeidet den Ankauf von Waren aus feindlichen Ländern! Zeigt, daß uns ein Geld und eine Gefinnung befehle! Bedenkt, daß ihr Deutsche seid!“

Bei Angehörigen der „uns feindlichen Staaten“ dürfte es nur ein Gefühl der Befreiung auslösen, wenn diese Gesellschaft jeden Verkehr mit ihnen meiden wird, und auch die „ehrliebe Verachtung“ dieser Kreise wird ihnen nicht schmerzhaft sein.

## Volkshochschule Tinz

Von der Volkshochschule Tinz wird uns geschrieben:

Mehr und mehr dringt in der Arbeiterklasse die Erkenntnis durch, daß die Umgestaltung der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Verhältnisse im sozialistischen Sinne nicht allein vom Vollen, sondern in ganz besonderem Maße von dem Können, den geistigen Fähigkeiten der Arbeiterklasse abhängig ist. Die Novemberrevolution hat, um mit Marx zu reden, Elemente der künftigen Gesellschaft freigelegt. Diese Elemente mit klarem Bewußtsein in den Dienst der Arbeiterbewegung zu stellen, sie mit Verständnis zu benutzen, zu wirkungsvollen Instrumenten des proletarischen Befreiungskampfes zu gestalten, ist die dringende Aufgabe der Arbeiterbewegung.

Zur Lösung dieser Aufgabe hat allerorts die Bildungsarbeit in verstärktem Maße eingesetzt, vor allem die Schulung der Betriebsräte. Die Arbeit, die dabei geleistet wird, ist um so anerkannterwertiger, als die Arbeiter ihre Freizeit daranlegen, nach beendeter Tagesarbeit ihre Abend- und Sonntagstunden nutzen. Wie mancher wünscht sich da wohl, einmal auf einige Zeit, und seien es nur ein paar Monate, völlig frei von aller Berufsarbeit, seiner Weiterbildung leben zu können, um sich noch gründlicher, als dies nach Feierabend möglich ist, das notwendige geistige Rüstzeug anzueignen.

Die Volkshochschule Tinz bietet diese Möglichkeit. Auf Anregung des Arbeiter- und Soldatenrates zu Gera in der Novemberrevolution entstanden, bietet sie fünfzig geistig Vorwärtstrebenden in Kursen von je vier Monaten Gelegenheit, ihr Wissen im Sinne der sozialistischen Weltanschauung zu erweitern. Es wird nichts weiter verlangt, als eine gute Volkshochschulbildung; denn mit Elementarunterricht kann sich die Volkshochschule Tinz nicht befassen. Naturkunde, Gesellschaftswissenschaft, Volkswirtschaft, Literatur- und Kunstgeschichte, Gesundheitspflege, Wirtschaftsgeographie, Geschichte der Arbeiterbewegung, Verfassungswesen und Philosophie sind die Hauptfächer des Unterrichts, den vier ständige Lehrer und einige Gastlehrer erteilen.

Die Schüler oder Schülerinnen, jeweils fünfzig, wohnen in der Schule, dem alten Schloß Tinz, im Stadtgebiet Gera. Sie führen ein gemeinschaftliches Leben, das jeden einzelnen geistig und sozial fördern soll. Für die gemeinsame Beförderung wird ein monatlicher Beitrag von 120 Mark erhoben; weitere Beiträge für Wohnung, Unterricht usw. sind an die Schule nicht zu entrichten. Den Schülern stehen schöne Unterrichts-, Arbeits- und Wohnräume zur Verfügung, dazu ein großer Park mit altem Baumbestand und Spielplatz (Sonnenbad wird eingerichtet). An Lehrmitteln sind vorhanden reichliches Kartenmaterial, eine gute Bibliothek, ein Lichtbildapparat usw. Die Schule unternimmt

Auch für das deutsche Volk dürfte der Offiziersbund mit samt seinen Ausschreibungen in Gestalt von Entschliessungen solcher Art eine höchst gleichgültige Angelegenheit sein, wenn die Herren nicht leistungswillig beim Reichswehrministerium vorzuziehlich angezogen wären. Der deutsche Offiziersbund gilt nämlich im Reichswehrministerium als gänzlich unpolitisch und erstreckt sich infolge dieser Natur, um höflich zu bleiben, des Reichswehrministeriums bei diesem einer Vorkursstellung. Vleselich sind die wiederholten Kundgebungen des deutschen Offiziersbundes aus den letzten Tagen geeignet, Herrn Gehler über den wahren Charakter dieser Kreise aufzuklären, und vleselich genügen sie auch, um den Reichswehrminister zu einer Aenderung seiner Haltung gegenüber dem Deutschen Offiziersbund zu bewegen. Auch das Reichskabinett sollte Herrn Gehler zu verstehen geben, daß er diese kompromittierende Freundschaft aufzugeben hat, denn die guten Beziehungen zwischen dem Reichswehrministerium und dem Deutschen Offiziersbund können der Reichspolitik auf den neuen Wegen, die sie eben schüchtern betreten will, höchst unangenehm werden.

## Das Urteil im Prozeß Heynen

Leipzig, 26. Mai.

Im Prozeß Heynen wurde 9 Uhr vormittags das Urteil verurteilt: Der Angeklagte wurde wegen Mißhandlung, Beleidigung und vorchriftswidriger Behandlung Untergebener zu insgesamt zehn Monaten Gefängnis verurteilt. Die erlittene Untersuchungshaft wurde auf die Strafe angerechnet.

Das Gericht war von der Annahme ausgegangen, daß sich die Aussagen der englischen Zeugen im allgemeinen als durchaus glaubwürdig erwiesen haben.

Bei den Vorgängen, die sich bei der Arbeitsverweigerung der Kriegsgefangenen abspielten, als sie im Lager der Seehe „Friedrich der Große“ ankamen, ist der Senat abweichend von der Ansicht des Oberreichsanwalts zu der Überzeugung gekommen, daß hier dem Angeklagten keine strafrechtliche Verantwortung trifft. Er war hier durch den Befehl, die Gefangenen zur Arbeit zu bringen, gebunden und hatte die Pflicht, die Befolgung des Befehls zu erzwingen. Dieser schwere Fall scheidet also aus.

Dagegen hat der Gerichtshof alle anderen Fälle der Mißhandlung im wesentlichen als erwiesen betrachtet.

Es ist nicht zu verkennen, daß es sich hier um eine außerordentlich rohe Gewalttätigkeit handelt, die dadurch erschwert wurde, daß es sich um wehrlose Gefangene handelte, gegen die mit peinlicher Korrektheit verfahren werden mußte, sollte dadurch nicht der gute Ruf der deutschen Armee und das Ansehen des deutschen Volkes als Kulturnation geschädigt werden.

## Der zweite Prozeß

Leipzig, 26. Mai.

Heute begann der zweite Kriegsbeschuldigtenprozeß beim Reichsgericht. Er richtet sich gegen den Rechtsanwalt und Hauptmann d. R. Emil Müller aus Karlsruhe. Die Anklage lautet ebenfalls auf Gefangenemißhandlung.

## Das obereschlesische Problem

London, 26. Mai.

Der diplomatische Mitarbeiter des „Daily Telegraph“ stellt eine Entspannung zwischen Paris und London fest, erklärt jedoch, daß man sich nicht der Täuschung hingeben dürfe, daß sich das obereschlesische Problem einigermassen gelöst sei. Die Festlegung der Grenze werde, nach der großen Meinungsverschiedenheit, die noch immer die französische und britische Regierung in dieser besonderen Frage trennt, zu schließen, fast sicher zu einer scharfen Auseinandersetzung führen. Durch die Ereignisse der letzten Tage werde gewonnen werden, daß diese Meinungsverschiedenheit, so ernst sie auch bleibt, auf der Sitzung des Obersten Rates in einer Stimmung erörtert werde, die von der in der letzten Woche herrschenden sehr verschieden ist.

## Sicherstellung des Verkehrs in Oesterreich

Wien, 25. Mai.

Da es der Bundesbahnverwaltung gelungen ist, durch erhöhte Braunkohlenlieferungen als Teilertrag für den Ausfall der obereschlesischen Kohle die Brennstoffversorgung sicherzustellen, wird im Inlandverkehr und im Verkehr nach

außerdem geologische, botanische und Wanderausflüge, dazu Besichtigungen von Industrieanlagen, Messen und Sammlungen (Leipzig, Gera, Jena usw.), deren Kosten die Schule trägt. Aufnahme finden männliche und weibliche Hörer im Alter von 18 bis 30 Jahren; doch werden unter Umständen auch ältere Personen berücksichtigt.

Das von der Schule Gebotene ist so reichhaltig, daß, wer den Willen zu seiner Fortbildung hat, aus den viermonatlichen Kursen ein Stück sozialistischer Erkenntnis mitnehmen kann. Dieser Wille zu ernster Arbeit wird allerdings erwartet und vorausgesetzt. Schulleitung und Lehrerschaft sind von dem besten Willen getragen, jeden Schüler nach Kräften zu fördern.

Am 15. August d. J. beginnt ein neuer Kursus für Frauen und Mädchen. Die Anmeldungen erfolgen am besten umgehend. Da nach bisherigen Erfahrungen eine weit höhere Zahl an Bewerberinnen sich melden wird, sei darauf hingewiesen, daß die Ueberzähligen eventuell zum nächsten Kursus vorgemerkt werden. Die Anmeldungen sind zu richten an die Heimvolkshochschule Tinz, Gera (Neuh.).

## Ausstellungsbericht

Das wahllose Durcheinander der Schwarz-Weiß-Ausstellung in der Akademie (Pariser Platz, Eintritt 5 Mark) kann man sich eigentlich nur erklären durch die Annahme, daß hier eine Clique am Ruder ist. Wenn die deutsche Kunst nichts anderes zu zeigen hätte, als was hier so eine Menge man an die Wände gehetzt ist, wäre es doch wirklich zu jämmerlich um sie bestellt. Unter Anmassen des Seichten, des Durchschnittlichen und des Braven sind verstreut nur hier und da einige Arbeiten, die künstlerisches Interesse wecken. Mit Auslassung bereits bekannter Dinge hebt sich hervor Kurt Hermanns Aquarelle, Arthur Degners Porträtskizzen, vor allem aber die Blätter Ewald Dübbergs. Den Toten Hildebrand und Klinger gab man Ehrendäume. Aber mit diesem Material hat man dem Nachruhm Hildebrands mehr geschadet als genutzt, und die vielen Klinger-Blätter beweisen nur noch einmal, wie grotesk Klinger überhäuft worden ist. Gegen die beleidigende Art, ein paar Zeichnungen von Wilhelm Morgner wohlwollend in eine Ecke zu quetschen, ist ebenso zu protestieren wie gegen die vorfällige Beiseitestellung Heinrich Zilles, der doch turmhoch über dieser Umgehung steht. Was haben denn die Herrschaften in den Repräsentationsräumen einem Blatte wie Heinrich Zilles „Zur Mutter Erde“ künstlerisch an die Seite zu stellen? Hätten wie sie einen verständigen Menschen in unserer Kunstdeputation gehabt, so hätte Heinrich Zille beizeiten Wände im Stadthaus zur Ausmalung erhalten.

Die Durchschnittsplatte ist zahlreich vertreten. Bemerkenswerter sind nur Arbeiten von Oswald Herzog (der jetzt im Verlage Twardy unter dem Titel „Plastik, Symphonie des Lebens“ eine

dem Auslande der kürzlich eingestrichene Güterverkehr für eine Reihe wichtiger Lebens- und Bedarfsartikel und der Verkehr aus dem Auslande sowie der Durchgangsverkehr im allgemeinen wieder aufgenommen.

## Die Tschechoslowakei mischt sich nicht ein

In der Sitzung des Ausschusses für Auswärtige Angelegenheiten des tschechischen Abgeordnetenhauses, erklärte Dr. Beneš, der Außenminister, daß die tschechoslowakische Regierung in der obereschlesischen Frage sich auf den Boden der Friedensverträge stelle. Sie mache weder Vorschläge noch Deutschland einen Vorwurf, denn sie stehe zu beiden Seiten in freundschaftlichen Beziehungen. Die Regierung müsse sich so verhalten, daß der Konflikt nicht zugeißelt, sondern gemildert werde. Die Tschechoslowakei habe den aufrichtigen Wunsch, daß die Angelegenheiten in Zentraleuropa sich konsolidieren und daß die Gegensätze sich nicht verschärfen. Aus diesem Grunde sei kein Anlaß dazu gegeben, in irgendeiner Weise in die obereschlesische Frage einzugreifen.

## Ein Bekenntnis

Als Stinnes seine vom Stapel laufenden Dampfer „Hindenburg — Ludendorff — Tirpitz“ getauft hat, hat er damit ganz unüberdämmt ein Bekenntnis zu der Politik dieser Männer abgelegt, die Deutschland an den Rand des Abgrundes gebracht haben. Nach Meldungen will er diese Absicht fortsetzen und die nächsten Dampfer sollen die Namen „H. Fischer“, „Littow-Borbed“ und „Gallwitz“ erhalten. Die Hapag will nun hinter Stinnes nicht zurückstehen und läßt die Absicht ortünden, ihren nächsten Dampfer auf den Namen „Rahr“ zu taufen.

Das enge Bündnis zwischen Schwerindustrie und monarchistischer Reaktion, das nur die Seefracht nach der Rückkehr zu den alten Zuständen kennt, wird damit aufs neue deutlich bekräftigt.

## Kriegsheze des Reichswehrministeriums?

Die „Rote Fahne“ veröffentlicht neuerdings zwei geheime Rundschreiben des Reichswehrministeriums vom 19. und 20. Oktober 1920, in denen den Kommandostellen die Anwerbung von Freiwilligen für den Krieg Polens gegen Polen befohlen und der Versand größerer Mengen von Waffen und Munition nach Königsberg zur Ausrüstung der litauischen Armee angeordnet wird.

Die „Rote Fahne“ behauptet, daß diese Dokumente, von denen sie noch weitere in Händen hätte, nicht gefälscht sind, wie das Reichswehrministerium von den früher veröffentlichten Dokumenten behauptet hat.

So unsinnig die Schlussfolgerungen der „Roten Fahne“ aus diesen Dokumenten sind, so notwendig erscheint uns eine einwandfreie Klarstellung der Behauptung, daß diese Befehle vom Reichswehrministerium erlassen worden sind. Die Reaktionen in diesem Amt haben so viele hervorbrannte Taten begangen, daß ihnen auch solche, wie sie in den Dokumenten angeordnet werden, zugestaut werden müssen.

## Der englische Bergarbeiterstreik

London, 26. Mai.

Lord George richtete an den Vertreter der Bergwerksbesitzer, Evans, und an den Vertreter der Bergarbeiter, Frank Hodges, ein Schreiben, in dem er die Mitglieder des Exekutivkomitees der Bergarbeiter und der Bergwerksbesitzer auffordert, sich mit den Regierungsvorstellern am Freitag zu einer Konferenz im Handelsministerium zusammenzufinden.

London, 26. Mai.

Die Kohlenarbeiter, die in einem Proteststreik gegen die Kohlenabfuhr getreten waren, haben die Arbeit wieder aufgenommen.

Der Umbau der Dieselmotoren. Der Vorkonferenzrat hat von dem Bericht der Marinekontrollkommission Kenntnis genommen, der die Ausführung der Maßnahmen der deutschen Regierung anzeigt, die durch die akkumulierten Schäden für den Umbau der Dieselmotoren, die Deutschland behalten darf, gefordert werden.

Die Arbeitslosigkeit in England. Gegenwärtig sind in England 1 366 764 Männer, 471 790 Frauen, 81 486 junge Putschen und 60 078 junge Mädchen infolge des Streiks ohne jede Arbeit.

Sammlung seiner Arbeiten in Abbildungen herausgab, Kurt Kroner, Johannes Schiffer und Paul Gruson.

Präsident der Akademie ist Max Liebermann, vor 30 Jahren Führer der Opposition. Und er lebt heute eine Ausstellung, die nicht um einen Pfifferling über dem Niveau der einst von ihm belächelten offiziellen Kunstausstellungen steht? Diese Ausstellung hat genau so wenig zu tun mit der Kunst der Gegenwart wie vor 20—30 Jahren die Glasplastik-Ausstellungen.

Die Einfachheit, Reinheit und Freudigkeit Robert Delaunays im „Sturm“ ist nach diesem total unmaßstäblichen Ueberblau über die deutsche Kunst eine köstliche Wohltat (Poisdamer Straße 154a), obwohl die Erwartung neuer Bilder enttäuscht wird. Es wäre richtig gewesen, von vornherein mitzutellen, daß die Ausstellung ältere Arbeiten Delaunays, aus den Jahren 1910—1913, bringt. Sie liegen noch vor jenen, die der Sturm 1913 im „Herbstsalon“ zeigte.

Für den, der ein ehrliches Verständnis der neuen Kunst sucht, ist aber das Studium dieser früheren Arbeiten besonders wertvoll.

Das Buch „Kunst und Kunstheim Twardy, Poisdamer Straße 12, zeigt interessante Entwürfe für Gärten von Erich Pepsinski und Deder und Kissen von Lou Fischer-Karlsruhe. Pepsinskis Versuch, die Gartengestaltung vom konventionellen Schema zu befreien und sie mit unerschrodener Ausnutzung aller neuen Wirkstoffe, die z. B. die fortgeschrittene Blumenzüchtung gibt, in Farbe und Form und unter Anpassung an den Boden rhythmisch durchzuführen, verdient unsere Aufmerksamkeit.

Adolf Behne.

Dante verboten. Wenn im „neuen“ Deutschland der Faust beschlagnahmt wird, wie wir neulich berichtet haben, warum soll denn nicht auch einmal dem Dante gezeigt werden, wie wir sind. Daß der Mann 600 Jahre tot und der größte Dichter des Christentums ist, ist seine Sache. Unsere Sache jedenfalls ist, daß dieser Herr Dante einst Italiener, ein Landfremder, war und wir haben uns endlich um unsere heimliche Kunst zu kümmern. Das Verdienst, Dante ausgewiesen zu haben, kommt natürlich der Ordnungsjelle Bayern zu, in der es immer noch wie in einer Gummirolle zugeht. Den Fall schildert die „Volkswacht für Oberpöhl und Niederbayern“ folgendermaßen:

„Die Ortsverwaltung Regensburg des Deutschen Musikerverbandes veranstaltete zu Wohlfahrtszwecken am 6. d. M. ein Konzert, in dem sie, mit Rücksicht auf den 600. Todestag Dantes die Symphonie zu Dante von Rihy auführte und das sie daher als „Dante-Feier“ bezeichnete. Sie erbat die Mitwirkung der Reichswehrmusiker. Herr Major Geis erklärte den Befehl, „daß den Musikern der Reichswehr eine Beteiligung sofort untersagt werde, wenn nicht die Bezeichnung „Dante-Feier“ auf Plakaten und Programmen übertrieben oder ausgestrichen würde. Auf die erstaunte Frage des Geschäftleiters nach dem Grunde dieses Verbots antwortete der r a u b

# Die Schulung der Betriebsräte

## Bedenkliche Wege

In einem besonderen Ausschuss des Reichswirtschaftsrates stand die Frage der Schulung der Betriebsräte zur Erörterung. Was dabei herausgekommen ist, zeigt folgender Bericht:

Der Ausschuss des Reichswirtschaftsrates zur Heranbildung unserer wirtschaftlichen Kräfte nahm in seiner Sitzung am 20. Mai zunächst einen Bericht des Herrn Ingenieurs R. Woldt über die Frage der Wirtschaftsschulen für Arbeiter entgegen. Hieran schlossen sich besondere Referate über die Weiterbildung der Betriebsräte und über die Forderung von Betriebslehrstufen für Gewerkschafter an. Ueber die Referate wurde am folgenden Tage im Zusammenhang verhandelt. Von Seiten der Arbeitnehmerschaft wurde betont, daß die der Arbeiterschaft in der neuen Wirtschaft zugewiesenen verantwortlichen Aufgaben auch eine zweckentsprechende Eignung und Vorbildung erfordern, damit eine für die Gesamtheit nutzbringende Arbeit geleistet werde. Das sei nur möglich, wenn die Betriebsräte auch die nötige wirtschaftliche Schulung und tieferes Verständnis für die wirtschaftlichen Zusammenhänge im Einzelbetrieb wie in der Volkswirtschaft mitbrächten. Hierfür die geeigneten Bildungseinrichtungen zu schaffen, sei daher eine der Gesamtwirtschaft dienende wichtige und dringliche Aufgabe. Auch die Arbeitgeber schlossen sich diesen Ausführungen durchaus an; sie betonten aber, daß diese Aufgabe nicht nur auf Arbeitnehmer beschränkt, sondern auch auf alle werktätigen Kräfte überhaupt ausgedehnt werden müsse, wenngleich zweifellos die Arbeitnehmer von den Bildungseinrichtungen den ungleich größeren Gebrauch machen würden.

Wichtige Uebereinstimmung herrschte auch darüber, daß die Mittel für solche wirtschaftlichen Bildungs-Einrichtungen nicht von den Beteiligten selbst, sondern in erster Linie vom Reich, und zwar in ausreichendem Maße, zur Verfügung zu stellen seien. Ein verständnisvolles Zusammenwirken von Unternehmer, Angestellten und Arbeiterschaft in dem gesamten Produktionsprozess, wie dieses in der Verfassung vorgesehen sei, werde auch die sicherste Grundlage für den Aufbau unserer Gesamtwirtschaft bilden. Der Ausschuss faßte einstimmig eine entsprechende Entschließung.

Eingehende Behandlung fand dann der von der Humboldt-Hochschule aufgestellte Plan von Wirtschaftshochschulen. — Der Ausschuss war bei aller Anerkennung der auf die wirtschaftliche Ausbildung gerichteten neuen Schöpfungen nicht ohne Bedenken, ob nicht bereits die Gefahr einer Ueberproduktion und jedenfalls eine störende Planlosigkeit bestehe. Deshalb hält er es zunächst für dringend erwünscht, eine Ueberprüfung über die zurzeit bestehenden oder in der Bildung begriffenen Bildungseinrichtungen und eine zweckentsprechende Zusammenfassung gleichgerichteter Bestrebungen zu bewirken.

Wir stimmen mit dem Bildungsausschuss des Reichswirtschaftsrates darin überein, daß die Schulung der Betriebsräte eine dringende notwendige Angelegenheit ist — im Interesse der Arbeiterklasse. Die Frage ist nur, welcher Art diese Schulung sein soll. Sie kann erst beantwortet werden, nachdem die noch bedeutsamere Vorfrage gelöst ist, in welcher Richtung sich die Gesetz- und verfassungsmäßige Wirksamkeit der Betriebsräte geltend machen soll. Uns erscheint der Zeitpunkt für ausführliche Betrachtungen darüber nicht geeignet. Aber wir wollen doch betonen, daß die Betriebsräte nach unserer Auffassung die Pflicht haben, ihren Einfluß zum Nutzen der Gesamtheit in einem gemeinschaftlichen Sinne geltend zu machen und damit sozialistischen Geist zu pflegen und sozialistische Praxis vorzubereiten. Von solcher Gesinnung und Absicht muß auch die Betriebsräteschulung erfüllt sein. Wir haben erhebliche Bedenken gegen Kateschulen, die Neutralität pflegen und den heiklen Fragen des Gegensatzes zwischen Kapital und Arbeit, die dem ehrlichen Dozenten bei allen nationalökonomischen Themen auf Schritt und Tritt begegnen, aus dem Wege gehen. Und wir fürchten, daß so etwas entstehen könnte, wenn die Herren im Reichswirtschaftsrat in holder Uebereinstimmung in Betriebsräteschulung machen würden. Das würde eine Schulung sein, die etwa dem naturwissenschaftlichen Unterricht in der Volksschule entspräche, bei dem der Mensch als geschlechtsloses Wesen erscheint. Und die Schüler solcher Kateschulen würden infolgedessen auch an den — Klapperstorch des „verständnisvollen Zusammenwirkens“ von Unternehmern und Arbeitern glauben. Was soll das für einen Sinn haben? Und was soll man von einem Wirtschaftsrat halten, der solches im Schilde führt, obwohl

alle seine Mitglieder doch wissen, wie die trasse Wirklichkeit aussieht?

Unsere Meinung nach gibt es nur eine Lösung: die Betriebsräteschulen müssen sich natürlich entwickeln, und zwar aus der Initiative der Arbeiterschaft heraus und erfüllt von ihrem Geist. Die Arbeiterorganisationen haben die Initiative ergriffen. Will man ein Uebriges tun, so soll man die Geldmittel, die der Schulabteilung im Reichsministerium des Innern zur Unterstützung des freien Volksbildungswesens zur Verfügung stehen, für die Betriebsräteschulen looser machen.

## Der Kampf gegen Groß-Berlin

Den P. P. A. wird von unterrichteter Seite geschrieben; Aus verschiedenen Teilen des neuen Groß-Berlin laufen beim Ministerium des Innern und beim Parlament Petitionen ein, die das Gesetz der neuen Stadtgemeinde Groß-Berlin vom 27. April 1920 abändern bzw. rückgängig machen wollen. Auch im preussischen Landtag sind entsprechende Anträge gestellt worden, die bereits in den letzten Sitzungen vor der Vertagung auf der Tagesordnung gestanden, aber noch nicht erledigt werden konnten. Sie werden vermutlich einer Kommission überwiesen werden, die Gelegenheit nehmen wird, die Einzelbeschwerden und eine etwaige Änderungsbedürftigkeit des Gesetzes eingehend zu prüfen.

Schon heute kann aber gesagt werden, daß es außerordentlich schwierig sein würde, nicht bloß politisch, sondern auch sachlich die durch das Gesetz vorgelegenen Eingemeindungen teilweise rückgängig zu machen. Abgesehen davon läßt sich bei der Kürze der Zeit, während der das Gesetz vom 27. April v. J. erst in Wirksamkeit ist — die wirkliche Durchführung ist auch heute noch nicht vollständig beendet —, heute noch gar nicht sachlich beurteilen, ob die Nachteile, die in den betreffenden Petitionen ins Feld geführt werden, sich nicht auch auf andere Weise als durch Rückgängigmachung zweckmäßig und zufriedenstellend beseitigen lassen.

Den Deutschnationalen und der Deutschen Volkspartei ist es aber auch gar nicht um die sachliche Förderung der Einzelgemeinden, sondern nur um agitatorische Parteimache zu tun.

## Die britische Handelskommission für Rußland

London, 26. Mai.

Die „Times“ meldet, die offizielle britische Handelskommission, die sich in den nächsten Tagen nach Moskau begeben werde, werde aus etwa 20 Personen bestehen. Die erste Aufgabe der Kommission wird sein, mit den Sowjethandelsbehörden Fühlung zu nehmen, und vielleicht begeben sich von Moskau aus einige Vertreter der Kommission nach Petersburg und Archangelsk, um den Handel in jeder möglichen Richtung zu fördern. Anscheinend soll die Ukraine, Süd-Rußland und vielleicht auch der Kaukasus aufgesucht werden.

## Die Unruhen in Irland

London, 26. Mai. (Reuter.)

Ein harter Trupp Sinnfeiner steckte heute nachmittag das große Dubliner Zollgebäude in Brand, das fast ganz zerstört wurde. Es folgte ein Feuergefecht, in dessen Verlauf neben Sinnfeinern getötet, ein verwundet und 65 gefangen genommen wurden. Die Polizei hatte vier Verwundete.

London, 26. Mai.

Während der ersten vier Monate dieses Jahres wurden in Irland 109 Polizisten und 48 Militärpersonen getötet, 224 Polizisten und 113 Militärpersonen verwundet.

## Kleine Nachrichten

**Tarifiermäßigungen für Seetransporte.** Die Ständige Tarifkommission hat vor wenigen Tagen die Frage erörtert, in welchem Umfange die Tarife für den Verkehr von Lebensmitteln ermäßigt werden können. Vorschläge hierfür werden vom Reichsverkehrsminister in aller nächster Zeit vorgelegt werden. Der Minister hat bereits jetzt angeordnet, daß die Tarife

lern werden allgemein verständliche Plakate entworfen, die die Bevölkerung auf die Bedeutung der Wald- und Grünflächen für die Volksgesundheit hinweisen und vor ihrer Zerstörung warnen.

**Entdeckung neuer Urmenschenreste auf Nügen.** Dr. Klinghardt hat auf der Halbinsel Mönchgut (Südost-Nügen) Ausgrabungen auf einem steinzeitlichen Begräbnisplatz vorgenommen. Er hat dabei zahlreiche Knochenreste gefunden, aus denen er schließen zu können glaubt, daß es sich hier um eine neue Urmenschenrasse handelt, die in manchen Merkmalen höher, in zahlreichen anderen wieder tiefer steht als die berühmte Neandertalrasse. In der Nähe fand er auch ein Hüftgelenk, in dem er ebenfalls Schädel und andere Knochenreste entdeckte. Auch hier glaubt Dr. Klinghardt, daß es sich um eine neue Art des Urmenschen handelt, die weder zu der eben erwähnten noch zu einer anderen fossilen Rasse enge Beziehungen zeigt. Vor schon die Entdeckung der sehr primitiven Rasse aus der Zeit des ältesten Neolithikums etwas völlig neues, so ist die Feststellung einer zweiten Urmenschenrasse, die noch zur Ganggräberzeit (Hüftgelenk mit Gang) etwa 2500 bis 2000 v. Chr. lebte, überraschend. Sehr wichtig ist nun die Tatsache, daß man bereits aus dem Vorkommen von Knochenresten, aus Schichten, die wahrscheinlich weit über 5000 Jahre alt sind, schließen kann, die sich nicht nennenswert von dem heutigen Europäer unterscheiden.

## Tages-Notizen

**Veranstaltungen der U.S.B.Z. Mariendorfer.** Sonnabend, 7. Mai, im Festsaal des Gymnasiums, Kallertstraße, letzter Kunstabend „Mit-Beitrag“. Karten 2,50 M. Für erwachsene Gesellen Eintritt frei.

**Der „Gemischte Chor Groß-Berlin“ (U.S.B.Z.)** gibt Sonntag, 7. Mai, in der Volkshalle, Pernburger Str. 22/23, unter Leitung Dirigenten Hermann Scherchen sein großes Konzert. Mitwirkende: Prof. Walter Fikler (Orgel), Konzertmeister Sammler (Violine), Paulsen (Cello), Karten frei, Programm und Steuer 3,50 M. Billets in beschränkter Zahl an der Abendkasse.

**Der „Gemischte Chor Groß-Berlin“** tagt jeden Freitag, von 7 1/2 bis 9 1/2 Uhr abends, in der Halle des Großen Klosters, Klosterstr. 74. An die jugendliche organisierte Arbeiterjugend (Männer und Frauen) richtet der Chor, im diesem, von der Groß-Berliner Arbeiterjugend im Februar v. J. gegründeten Gesangsverein, der 3. H. aus 240 Mitwirkenden besteht, anzufragen. Neuanmeldungen jeden Freitag in der Abendkasse.

**Wahlkämpfe.** Die Kurwahlen in Richtenberg, die vom Bund für Schulhausstellungen unter Führung des Bezirksamts 17 in der Turnhalle Friedrichstr. 71 (ehemalig Richtenberg-Friedrichsstraße) veranstaltet werden, wurde am eine Woche bis zum 12. Juni verlängert. (Wahlzeiten von 7-7. Sonntags von 11-1 Uhr, Freitag 12 Uhr.) (Wahlzeiten: Sonntag durch Walter Fikler, Sonntag, 5. Juni, durch Wilhelm Gommersdorf — Die Gewerkschaften sind durch den Bezirksamt 17 (Hilfen, Kugelschreiberstr. 1) veranstaltet vom 20. Mai bis 18. Juni unter dem Motto: „Jugend und Freiheit“ bei H. Wertheim, Leipziger Str., eine Gedächtnis-Ausstellung.

**Deutsche Gesellschaft zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten.** Sonnabend, morgens 11 1/2 Uhr, werden im Kaiserin-Friedrich-Haus, Berlin, Kallertplatz 34, durch Herrn Walter Fikler, Vertreter der American Social Hygiene Association, Filme vorgeführt werden, die in Amerika zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten herangezogen wurden sind.

**Konkurrenz Berlin Berlin.** Im Dorotheenstädtischen Kaufmannshaus, Dorotheenstr. 2, 3. Et., spricht Dr. Dampf Freitag, 27. Dienstag, 31., und Mittwoch, 1. 6., 10 Uhr. Die Woche ist ein 12-tägiger „Kocher“ (St. 11) 2 M.

für den Versand von Seefischen ermäßigt werden. Bei weiten Entfernungen werden die jetzigen Frachtsätze auf ein Drittel herabgemindert werden. Der Reichsverkehrsminister beabsichtigt, auch für eine Reihe von anderen Lebensmitteln Tarifiermäßigungen zuzulassen.

**Ein neuer Staatssekretär.** Der Reichspräsident hat den preussischen Regierungspräsidenten Brugger zum Staatssekretär im Reichsministerium des Innern ernannt und bestellt. Brugger wurde vor kurzem als Staatssekretär für die besetzten Gebiete genannt.

**Keine Eisenbahntarifierhöhungen im besetzten Gebiet.** Den neuen Eisenbahntarifierhöhungen, die am 1. Juni d. J. im Reich in Kraft treten, hat die Interalliierte Rheinlandkommission nicht zugestimmt. Infolgedessen behalten innerhalb des besetzten Gebietes die alten Preise ihre Gültigkeit. Bei Reisen aus dem besetzten ins unbesetzte Gebiet kommen jedoch die neuen erhöhten Tarife in Anwendung.

**Der Streik im Waldenburger Revier,** der bisher nur ein Teilstreik gewesen ist, hat sich jetzt in Landeshut und Waldenburg zu einem Gesamstreik ausgeweitet. Gegenwärtig besteht noch keine Aussicht auf Beilegung des Streikes, der lediglich Lohnfragen zum Gegenstand hat. Verhandlungen des Oberpräsidenten waren bisher erfolglos. Vertreter des Reichsarbeitsministeriums werden erwartet.

**Schweres Schadenfeuer in einer Ueberlandzentrale.** Seit Mittwoch mittag steht die Ueberlandzentrale in Harkke in Braunshweig in Flammen. Es sind bereits Werte von mehreren Millionen Mark vernichtet. Zur Zeit ist das Feuer auf den Turbinenraum übergesprungen, der vollständig außer Betrieb ist, so daß die der Ueberlandzentrale angeschlossenen Ortschaften und Betriebe bis nach Magdeburg vorläufig ohne Licht und Kraft sein werden.

**Die vorläufige Tagesordnung für die zweite Völkerverammlung** umfaßt 25 Punkte, darunter namentlich Zusätze zum Völkervertrag, Entzerrung der Verträge, wirtschaftliche Blockade, Organisation des Sekretariats und des Internationalen Arbeitsamtes, sowie Verteilung der Ausgaben des Völkervertrages auf die einzelnen Mitglieder. Der wichtigste Punkt ist die Errichtung des Internationalen Gerichtshofes. Hervorzuheben sind ferner die Herabsetzung der Zinsraten, über die eine Kommission, die nächsten Monat zusammenzutreten wird, einen Bericht auszubereiten hat, ferner die Ernennung von vier ständigen Mitgliedern des Völkervertrages, die Behandlung neuer Aufnahmegesuche und die Festlegung des Budgets für 1922.

**Immer noch die Resolution Knox.** Einer Havasmeldung aus Washington zufolge hat der Vorsitzende des Kammerausschusses für auswärtige Angelegenheiten nach einer Konferenz mit dem Präsidenten Harding erklärt, der Präsident hege den lebhaftesten Wunsch, daß die Resolution Knox angenommen werde. Die Resolution Knox wird dem Repräsentantenhaus nächste Woche vorgelegt werden.

**Die Unruhen in Kgypten.** Der Polizei und den ägyptischen Truppen gelang es, die Unruhen zu unterdrücken. Montag morgen brachen zahlreiche Feuersbrünste in der Stadt aus, die jedoch bis mittag gelöscht, beziehungsweise eingedämmt werden konnten. Die Schieberen aus einigen Häusern dauern noch an. Der Truppenbefehlshaber gab bekannt, daß Häuser, aus denen geschossen werde, mit Maschinengewehrfeuer belegt werden würden. Die Polizei nahm zahlreiche Verhaftungen vor.

**Gefangenverhaftungen in Sowjet-Georgien.** Die Regierung von Sowjet-Georgien hat die Familienangehörigen des Berliner Vertreters der Georgischen Volksrepublik Kismetli als Gefangen festgenommen, um Kismetli zum Rücktritt von seinem Posten zu veranlassen. Kismetli hat sich als Vertreter der früheren sozialistischen Regierung gemeldet, die georgische Sowjetregierung anzuerkennen.

## Groß-Berlin

### Einführung von Wochenendkarten

Die Einführung von Sonntagsfahrkarten zum ermäßigten Preise ist soeben vom Reichsverkehrsminister genehmigt worden. Sie werden vom 1. Juli an ausgegeben. Die Ermäßigung beträgt 33 1/2 Prozent. Die Karten können von den Direktionen bis zu einer Entfernung von 60 Kilometern, ausnahmsweise bis zu 75 Kilometern ausgegeben werden. Sie sind für bestimmte Verkehrsbeziehungen vorgesehen, die von den einzelnen Direktionen bestimmt werden. Die Karten sind also nicht etwa für alle beliebigen Strecken zu haben. Eine Neuerung gegen die frühere Einrichtung bedeutet es, wenn die Eisenbahndirektionen ferner ermächtigt worden sind, die Sonntagsfahrkarten schon mit Geltung vom Sonnabend mittag an auszugeben. Es wird dadurch eine Art von Wochenendkarten geschaffen, wie sie insbesondere in England üblich sind. So begrüßenswert diese Neuerung auch ist, durch die endlich ein neuer Kurs in der Fahrpreispolitik der Eisenbahnverwaltung eingeleitet wird, so notwendig ist doch, daß diesem ersten Schritt sofort weitere Schritte folgen. Es erscheint uns dringend notwendig, daß außer den Sonderzügen zu ermäßigten Preisen im Juli und August auch für Fernreisen von Arbeitern, Angestellten und Beamten zu anderen Zeiten ermäßigte Preise eingeführt werden. Der der Eisenbahntasse dadurch entstehende Ausfall wird durch größere Ausnutzung der Bahn reichlich ausgeglichen werden.

### Väter und Mütter

#### der Berliner Gemeindeschulkinder!

Der Magistrat erläßt folgenden Aufruf: Bei der verhältnismäßig geringen Zahl von Pflegestellen in den ländlichen Bezirken ist es, wie bereits im vorigen Jahre, den ländlichen Behörden leider nicht möglich, allen bedürftigen Kindern den ihnen so dringend notwendigen Landaufenthalt zu gewähren. Den zurückbleibenden soll deshalb auch in diesem Jahre ein Erholungsurlaub auf den städtischen Aufenstapeln ermöglicht werden.

Es kommen dafür die Plätze Grunewald, Tegel, Blankensee I und II, Buch, Wartenberg, Hohenschönhausen, Platanenwald und Wuhlsheide in Frage. Die Einrichtung wird in erweitertem Umfange in der Weise getroffen werden, daß eine Gruppe von ungefähr 20 000 Kindern vier Wochen vor und eine ebenso große die gleiche Zeit nach den Sommerferien unter zuverlässiger Aufsicht werktätlich von morgens bis abends auf den Spielplätzen untergebracht und versorgt wird. Es kommen demnach die beiden Zeitschnitte vom 13. Juni bis 9. Juli und vom 19. August bis 17. September in Betracht. Die Kinder der Michaels-Schulklassen sollen möglichst schon im Juni zugelassen werden, da nach den vorjährigen Erfahrungen Wert darauf gelegt werden muß, daß ihnen die Unterrichtszeit nach den Sommerferien verkürzt zur Vorbereitung auf die Verlesung bleibt.

Die im Vorjahre gemachten Versuche, den Kindern auf den Spielplätzen täglich zwei Kurzunterrichtsstunden zu erteilen, haben sich bewährt. Wir beabsichtigen daher, diesen Unterricht für alle Besucher des Erholungsurlaubes für schwächliche Kinder planmäßig und verbindlich durchzuführen.

Für die Ernährung sind genügende Vorräte in Aussicht gestellt. Die Kinder erhalten in der üblichen Weise Morgenkaffee mit Milch, Mittagessen und nachmittags Kaffee mit Milch und Gebäck. Die Eltern unterernährter und schwächlicher Schulkinder werden aufgefordert, diese bald bei den Refektorien ihrer Schulen anzumelden, damit hier die Unternehmung durch den Schularzt veranlaßt werden kann. Auf Grund des ärztlichen Befundes entscheidet dann über die Zulassung des Kindes zum Erholungsurlaub

die Schule. Die Teilnehmer am Erholungsanfang haben an jedem Tage einen Beitrag von 1 M., die zweiten Kinder der gleichen Familie 0,50 M. zu entrichten. Die dritten und weiteren Kinder derselben Familie sind frei. Die Beiträge werden durch die Leiter und Leiterinnen der einzelnen Abteilungen morgens auf den Sammelstellen eingezogen.

Die Sammelstellen, auf denen sich die Kinder morgens einfinden haben, werden später durch die Leitungen, die Schule und auf den Teilnehmerkarten, die den Kindern ausgehändigt werden, bekanntgemacht. Die ärztliche Untersuchung der Kinder soll für die im Juni hinausgehende Gruppe möglichst bis zum 20. Mai, und für die August-September-Abteilung bis zum 15. Juni beendet sein.

Ueber die Ferienziele, die zwischen den beiden Teilen des Erholungsanfanges auf den gleichen Spielplätzen vom 11. Juli bis 13. August stattfinden, wird im Laufe des Juni durch Schule und Presse noch Näheres mitgeteilt.

Ermäßigung der Tarife für den Versand von Lebensmitteln

Die Ständige Tarifkommission hat vor wenigen Tagen die Frage erörtert, in welchem Umfange die Tarife für den Versand von Lebensmitteln ermäßigt werden können. Vorschläge hierfür werden vom Reichsverkehrsminister in aller nächster Zeit vorgelegt werden. Der Minister hat bereits jetzt angeordnet, daß die Tarife für den Versand von Getreide in Ermäßigung kommen. Bei weiten Entfernungen werden die jetzigen Frachtlöcher auf ein Drittel herabgemindert werden. Der Reichsverkehrsminister beabsichtigt, auch für eine Reihe von anderen Lebensmitteln Tarifermäßigungen zuzulassen. Mit dieser Herabsetzung der Tarife darf nicht gegögert werden. Schon jetzt äußert sich die ungeheure Belastung der Lebensmittel durch die hohen Frachtkosten in einer dauernden Steigerung der Preise und in einer Verminderung der Zufuhr.

Ein verhafteter Millionenchwinder entwischt. Großes Aufsehen erregte vor einem Vierteljahr die Entlassung und Festnahme eines Ausländers, der in der Ledewelt Berlins kurze Zeit eine nicht unbedeutende Rolle gespielt hatte. An den Stellen, an denen man sich in Berlin vor und nach der Polizeistunde nicht zu langweilen pflegt, war damals ein Ausländer, der sich Graf de Parmas nannte, ein gern gesehener Gast. Der feingelebte Herr, der sich mit dem ganzen internationalen Besuch dieser Lokale unterhalten konnte, weil er fließend Englisch, Französisch, Spanisch, Italienisch und auch Deutsch nur mit einem leichten fremdländischen Akzent sprach, gab das Geld mit vollen Händen aus. Eine besondere Vorliebe zeigte der Ausländer für den „Richard-Extrakt“, angeblich deshalb, weil dessen Komponist ihm persönlich den Tanz gewidmet habe. Blüchlich blieb der gern gesehene ausländische Gast weg. Der große Kreis von Freunden und Freundinnen, der sich um den Ledemann gesammelt hatte, war nicht wenig erstaunt, als er dann durch die Zeitungen erfuhr, daß „Graf de Parmas“ ein internationaler Schwindler und Millionenbetrüger war, den französische und hiesige Kriminalbeamte gesucht und endlich in Hamburg ergriffen hatten. Der Ledemann war ein Schiffbruchsopfer Andre Florian Digran, ein Mann von 28 Jahren, der aus Smyrna stammt. Ob dieser Name richtig ist, steht auch heute noch nicht ganz fest. Von Smyrna, wo er bei den Lazariten erzogen wurde, kam er mittellos im Juli v. J. nach Paris. Hier erhielt er mit Unterstützung eines Landsmannes eine Anstellung als Agent bei der Red-Star-Line. Schon nach ganz kurzer Zeit war der neue Agent der Gesellschaft ein reicher Mann. Sein Konto bei einer Pariser Bank stieg bald auf 220 000 Franken. Mitte Oktober v. J. hob er plötzlich dieses ganze Guthaben ab und verschwand aus der Seinesstadt. Jetzt ergab sich, daß er seinen Reichtum durch Schwindeltrug erworben hatte. In 300 auswanderungslustige Polen und Russen, denen er vorlegte, daß er ihnen Lebensmittelfracht nach Amerika besorgen werde, hatten dazu je 1000 bis 10000 Franken beigegeben. Während die Pariser Kriminalpolizei den Schwindler Digran eifrig suchte, verstand es dieser, einem Pariser Juwelier für eine halbe Million Franken Schmuckstücke abzujagen. Als man seine Spur in Athen gefunden hatte, war er von dort bereits wieder verschwunden. Nachdem nun die Spur des Verschwindens in Berlin wiedergefunden war, besuchten Pariser Kriminalbeamte, die eigens über Athen herbeigeflogen waren, mit hiesigen Kollegen auch die Berliner Lebelokale. Als man ihn jedoch in dem vornehmen Hotel, in dem er abgestiegen war, festnehmen wollte, war er gerade wieder abgereist. Angeblich war er nach dem Potsdamer Bahnhof abgefahren. In Wirklichkeit hatte er unterwegs den Wagen nach dem Leichter Bahnhof bringen lassen. Deshalb vermutete man, daß er nach Hamburg gefahren wäre. Die Pariser und Berliner Beamten fuhrten dorthin, ermittelten ihn dort in einem Hotel. Bevor er noch zu dem bereitliegenden Revolver greifen konnte, nahmen sie ihn fest und brachten ihn nach Berlin. Wegen eines Leidens mußte der Verhaftete hier in ein

Krankenhaus gebracht werden. Aus diesem ist er jetzt entwichen. Seine Auslieferung war von der französischen Regierung bereits beantragt. Jetzt wird der Entwichene wieder eifrig gesucht.

Tragisches Ende einer Segelpartie. Ein bedauerlicher Vorgang spielte sich gestern in Gadow ab. Der Mechaniker Walter Püschel hatte mit seiner Frau Betty Püschel aus Charlottenburg, Stuttgarter Platz 8, eine Segelpartie unternommen und in Gadow angelegt. Als er von dort abfahren wollte, verlor seine Frau, die vorn im Boot stand, durch einen Windstoß das Gleichgewicht und fiel ins Wasser. Sie kam nicht mehr zum Vorschein. Die Rettungsversuche des Bräutigams waren vergeblich. Erst nach 1 1/2 Stunden fand der herbeigerufene Reichswasserfänger die Verunglückte als Leiche auf.

Voraussichtliches Wetter für Berlin und Umgebung am Freitag. Nennlich warm und schmilft bei mäßigen südlichen Winden. Zunehmende Bewölkung und Gewitterneigung. Nachher etwas kühler.

Gewerkschaftliches

Gastwirtschaftliche Angestellte gegen Moskau

In zwei Versammlungen des Zentralverbandes der Hotel-, Restaurant- und Café-Angestellten nahmen die Delegierten eine Delegation zum Moskauer Weltkongress der revolutionären Gewerkschaften. Die Delegierten nahmen die Revolutionsgewerkschaften in der Verwaltung der Reichsregierung der deutschen Metallarbeiter-verbände, hatte das Referat im Sinne der Amsterdamer Gewerkschaftsinternationale übernommen. Seine sachlichen und überzeugenden Ausführungen zeitigten als Resultat die einstimmige Annahme einer Resolution, in der zum Ausdruck kam, daß die internationale Zusammenfassung der Gewerkschaften durch die Moskauer Zentrale eine zwingende Dienstaufgabe ist. Die Annahme der gesamten Gewerkschaftsbewegung für eine bestimmte politische Parteirichtung bedeutet. Die Folge hiervon wäre eine vollständige Zerstörung der Gewerkschaften, der einzige noch bestehende Wall gegen Kapital und Reaktion. Gestützt auf die Erfahrungen durch die Zerstückelung der politischen Macht der Arbeiterklasse erklären die Versammelten, mit allen ihnen zu Gebote stehenden Mitteln für die Aufrechterhaltung und Stärkung der gewerkschaftlichen Einheit einzutreten.

Aus diesen Erwägungen heraus leht die Generalversammlung den Antrag der Branche IV a d, eine Delegation zu dem am 1. Juni in Moskau stattfindenden Weltkongress der revolutionären Gewerkschaften zu entsenden.

Eine vorher zur Abstimmung gebrachte Entschließung des Korrespondenten Schlörs, die den freien Gewerkschaften Halbfreien in ihren Aktionen vormittelt und dadurch die Verelendung der Massen betreibt, sowie zur Beteiligung am Moskauer Weltkongress aufordert, wurde mit allen gegen 39 Stimmen abgelehnt.

Gewerkschaftliche Organisation der Hebammen

Unter den Hebammen Deutschlands macht sich zur Zeit das Bestreben bemerkbar, Anschlag an eine gewerkschaftliche Organisation zu finden. Die Beteiligten gehen dahin, sich der Organisation „Gesundheitswesen“ des Verbandes der Gemeinde- und Staatsarbeiter anzuschließen. Der Groß-Berliner Hebammenbund hat mit ungefähr 2/3 Mehrheit den Anschlag beschlossen, worauf der Preussische Hebammen-Verband und dessen Beirat, unter Leitung der Frau Gebauer und Büchel, den Ausschluß der Berliner Vorsitzenden, Frau Henjeleit, beschlossen und sie ihres Amtes als Vorsitzende des Groß-Berliner Hebammenbundes für vorläufig erklärt. Eine Generalversammlung des Bundes erklärte diesen Beschluß für ungültig und bestimmte erneut die alte Leitung. Daraufhin berief der Beirat eine Versammlung der Berliner Hebammen ein und gründete einen neuen Berliner Hebammenverein. Dem Hebammenbund stand für seine Verhandlungen bisher im Polizeipräsidium ein Saal zur Verfügung. Eigenartigerweise wurde plötzlich der bisher vom Bund festgesetzte Versammlungstag diesem entzogen und dem neuen Verein zugewiesen. Wie ermannt vom Polizeipräsidenten, daß er diese offenbare Ungerechtigkeit nicht duldet. Die Vorsitzende des Berliner Bundes, die gleichzeitig Vorsitzende des Provinzialverbandes Brandenburg ist, hatte für Sonnabend, den 21., einen Provinzial-Verbandsstag nach Berlin einberufen, um zu den schwebenden Fragen Stellung zu nehmen. Frau Gebauer-Büchel sandten, um den Verbandsstag zu verhindern, am Freitag an die brandenburgischen Ortsvereine die Mitteilung, daß der Verbandsstag vertagt worden sei. Trotzdem waren eine Anzahl Vereine getreten, die sich ebenfalls für den Anschlag an eine Gewerkschaft entschieden. Bezeichnend für den rücksichtsigen und reaktionären Geist in der Leitung des Preussischen Hebammenverbandes ist nachstehender Vorfall: Der Berliner Hebammenbund hatte mit Herrn Prof. Hammerlag Kurse für die Hebammen vereinbart. Die Richtung Büchel-Gebauer ließ daraufhin eine Mitteilung ergehen, daß sie es ablehnen, mit dem im Bund organisierten Hebammen gemeinsam an den Kursen teilzunehmen. Angesichts dieser kleinlichen Schikanen ist es notwendig, daß die Groß-Berliner Hebammen, wie überhaupt die Hebammen des gesamten Reiches, sich dem Bund der Hebammen, Abteilung der Sektion „Gesundheitswesen“ des Verbandes der Gemeinde- und Staatsarbeiter, anschließen. Nur dann besteht die Möglichkeit, daß die in der nächsten Zeit im Interesse der Hebammen zu lösenden Fragen und gesetzgeberischen Maßnahmen die entsprechende Vertretung finden.

honären Geist in der Leitung des Preussischen Hebammenverbandes ist nachstehender Vorfall: Der Berliner Hebammenbund hatte mit Herrn Prof. Hammerlag Kurse für die Hebammen vereinbart. Die Richtung Büchel-Gebauer ließ daraufhin eine Mitteilung ergehen, daß sie es ablehnen, mit dem im Bund organisierten Hebammen gemeinsam an den Kursen teilzunehmen. Angesichts dieser kleinlichen Schikanen ist es notwendig, daß die Groß-Berliner Hebammen, wie überhaupt die Hebammen des gesamten Reiches, sich dem Bund der Hebammen, Abteilung der Sektion „Gesundheitswesen“ des Verbandes der Gemeinde- und Staatsarbeiter, anschließen. Nur dann besteht die Möglichkeit, daß die in der nächsten Zeit im Interesse der Hebammen zu lösenden Fragen und gesetzgeberischen Maßnahmen die entsprechende Vertretung finden.

Tarifvertrag und Nachtrag für den Hut-Einzelhandel für allgemeinverbindlich erklärt. Auf Verfügung des Reichsarbeitsministeriums ist unter dem 11. Mai 1921 der zwischen dem Reichsverband Deutscher Hutgeschäft, Ortsgruppe Berlin, und dem Zentralverband der Angestellten am 16. Juli 1920 abgeschlossene Tarifvertrag mit Nachtrag vom 13. Januar 1921 für das Gebiet der Einheitsgemeinde Berlin für allgemeinverbindlich erklärt worden. Die allgemeine Verbindlichkeit beginnt mit dem 15. Februar 1921. Kollegen, welche im Hut-Einzelhandel tätig sind und noch nicht das tarifliche Gehalt beziehen, werden ersucht, sich an den Zentralverband der Angestellten, Fachgruppe Einzelhandel, Berlin SW. 61, Belle-Alliance-Str. 7-10, zu wenden.

Betriebsräte der Metallindustrie. Die am Sonntag und Mittwoch in der Presse veröffentlichten Notizen über Versammlungen der Betriebsräte der Metallindustrie sind irreführend. Wir weisen deshalb darauf hin, daß die Versammlung der Vorsitzenden der Betriebsräte am Dienstag, den 31. Mai 1921, abends pünktlich um 8 Uhr, in der Schulaula Kopenplatz, stattfindet. Das Erscheinen aller Vorsitzenden der Betriebsräte ist unbedingt Pflicht. Die Ortsverwaltung des Metallarbeiter-Verbandes.

Ausgesperrte der Anore-Bremse. Alle Ausgesperrten haben sich am Freitag, den 27. Mai, vormittags 10 Uhr, im Lokal Blume, Vorhagenstr. 62, zur Unterschreibung der Klagevolmacht einzufinden.

Streik beigelegt. Der Streik im Café Tivoli, Chausseestraße, der gastwirtschaftlichen Angestellten ist durch Verhandlungen beigelegt.

Parteiveranstaltungen

Donnerstag, 26. Mai

- 7. Divisi (A. Vorkommnisse) Wedding. 8.15 Uhr. Die Besetzung der Wahllokale in der Abwässerungsstelle werden, können heute abend 7 Uhr bei Bildung, Brunnent. 19, in einer äußerst wichtigen Sitzung zusammen. Regs Beteiligung und pünktliches Erscheinen ist notwendig.
- Freitag, 27. Mai
- 1. Divisi, 2. Divisi. Abends 8 Uhr Hauptbesprechung von den 60. 70. und 80. 90. 100. 110. und 120. von der Spedition Schäfer, Götterstr. 19, aus.
- 4. Divisi, 12. Divisi. Der Ortsverband findet pünktlich um 7 Uhr in der Schützengilde 177a (die Bezirke 185-187) bei Schützengilde, Grenzstr. 22, Stadthaus 107b (die Bezirke 188-190) bei Polster, Grenzstr. 11. Gefühlslos oder willkürlich bringend ab.
- 4. Divisi, 12. Divisi. Der Ortsverband findet um 6 Uhr in der Schützengilde 177a, Grenzstr. 22.
- Abteilung Bauhilfskomitee. Abends 8 Uhr findet vor der Kirche in Baumhölzchen, Baumhölzchen, eine große öffentliche Versammlung statt. Sozialistische Arbeiter-Jugend Organisations. Heute Mitgliederversammlung.

Vereinskalendar

Freitag, 27. Mai

Deutscher Transportarbeiter-Verband. Handlungsleiter und Arbeiterinnen aus allen Betrieben der Damschule, Schützen, Unterrod, Wehmanns und Kapellenstraße. Nachm. 5 Uhr im Lokal von Kurt Witte, Kölln. 23. Gruppenversammlung. - Chemische Arbeiter (Gruppe Schützengilde). Nachm. 5 1/2 Uhr im Lokal von Helton, Gieseler. 31. Gruppenversammlung.- Zentralverband der Angestellten. Frau, Spritz, Schützengilde (Angestellte der Metzgerei, Seifens- und Seife-Hilfen). Abends 8 Uhr Mitgliederversammlung in Jochenstraße 177a, Neue Friedrichstr. 20. - Priesterbrüderverein. Abends 7 Uhr Mitgliederversammlung, Schützengilde „Einigkeit“, Blumenstr. 18.
- Bund der deutschen Angestellten und Beamten. Dien. 8. Abends 8 Uhr Vertreterversammlung im Empfangssaal der Schützengilde, Metzstr. 7. - Ortsrat der Arbeitergruppen 1a, 1b, 1c und 1d. Abends 7 Uhr Sitzung in der Schützengilde, Metzstr. 7.
- Verband der Hütten- und Eisenarbeiter. Abends 7 Uhr in Schützengilde, Berlin. Im Königstr. 2 Gruppe Gemeindefürsorge. Frankfurter Angestellten für Groß-Berlin. Pünktliches und vollständiges Erscheinen ist Pflicht.
- Deutscher Arbeiter-Verband. Abends 8 Uhr bei der Schützengilde, Metzstr. 7, Versammlung der Betriebsräte aller Branchen.
- Internationaler Bund. Dien. 8. Abends 7 Uhr Mitgliederversammlung im „Friedrich“, Friedrichstr. 22. Mitglieder-Vortrag.

Verantwortlich für Politik u. Freireisen: Des Diebstahls. Berlin-Friedenauer; für Kommunalpolitik, Lokales u. Gewerkschaftl.: Gerhard Seger, Berlin; für den Nationalteil u. geschäftliche Mitteilungen: Ludwig Kommer, Berlin; Katalien: - Verlagsgesellschaft „Freiheit“, e. G. m. b. H., Berlin. - Druck der Berliner Druckerei G. m. b. H., Berlin C. 2, Breite Str. 8-9.

Stoffe für Herren-Anzüge, Hüte, Valetots, Damen-Kolliers, Kleider, 150.-, 200.-, 300.-, 400.-. Kur langjährig Verbindung mit allbekanntesten Fabrikanlagen für Preiswert, gute Qualitäten.

Bilg! Bilg! Kost, Mäntel, Blusen, Kleider verkauft. Strethow, Friesenstr. 21. n. Weichmann. Mitte 101 1. Foto-Industrie, Berlin-Friedrichstr. 14.

BOTENFRAUEN stellt sofort ein Hauptexp. der „Freiheit“ Breite Straße 8-9

botenfrauen Exped. Johannist. 9 stellt sofort ein (Ecke Artilkerstr.)

Zur politischen Lage Jetzt aktuell Karl Kautsky Wie der Weltkrieg entstand Preis 8.- Mark Buchhandlung „Freiheit“, Breite Straße 8-9 Auch in allen Filialen erhältlich

Gute billige Bücher für Reise und Sommerfrische Die Geheimnisse der Prinzessin Cadignan von Honoré de Balzac ... Preis 1.50 Mk. Absaloms Haar von Hoffmann von Fallenberg ... Preis 1.50 Mk. Der Hochwald von Adelbert Gille ... Preis 1.50 Mk. Der Schimmelreiter von Theodor Storm ... Preis 1.50 Mk. Immensee von Theodor Storm ... Preis 1.50 Mk. Briefwechsel zwischen Schiller und Lotte gebunden 3.- Mk. Briefwechsel zwischen Schiller und Goethe gebunden 3.- Mk. Weiße Nächte von Dostojewski ... Preis 1.50 Mk. Ueber See und Heide von Paul Joha. ... gebunden 8.- Mk. Der Krötenteich von Konrad Voelt. ... gebunden 6.- Mk. Der Weg zum Haß von Konrad Voelt. ... gebunden 11.- Mk.

Kleine Anzeigen. Verkauf, Möbel, Kaufgesuche, Selbstbau, Tiermarkt, Verschiedenes, Fahrräder, Werkzeuge und Maschinen, Anfertigungen. Nähmaschine, Planer, Isch neu, billig. Joha. Rückert, Weichselstraße 67, Beth. III, Erdstr. 1-7. Möbel, Bett, Küchenschrank, Tisch, Stühle, Lampe, etc. Kaufgesuche: Fotoapparate, Prismen, Objektive, etc. Selbstbau: Baukasten, etc. Tiermarkt: Hunde, Katzen, etc. Verschiedenes: Uhren, etc. Fahrräder: neue, gebrauchte, etc. Werkzeuge und Maschinen: Nähmaschinen, etc. Anfertigungen: Kleider, etc.

Der Stufenverlängerungsapparat „Herkules“ bietet den größten Schutz gegen Viehstahl, Schnelzug, etc. kein Zerbrechen der Röhren auf dem Transport und bei m. Oeffnen. Georg Jura, Berlin N. 49, Quarstr. 13. Telefon: 10041/6462

Gratis! Gratis! Erhalten Sie in jeder Drogerie gegen diesen Bon eine Probetube der heute vorzüglichen Friedenspasta „Zahnwohl“ Wo nicht zu haben, senden wir Ihnen eine Probetube direkt zu. „Zahnwohl“ ist zahnsteinlösend und macht blendend weiße Zähne.

Brozesse, Mat, Weisland, etc. Buchhandlung „Freiheit“ Berlin C. 2 / Breite Straße 8-9. Genossen werbt für die Freiheit